

Landkreis Elbe-Elster | Postfach 17 | 04912 Herzberg (Elster)

**Presseinformation
Nr. 2019/10/17****Bereich**
Büro des Landrates/Pressestelle
Unsere Zeichen
AZ: 00/01/02
Ihre Zeichen**Straße, Haus-Nr., Ort**
04916 Herzberg, Ludwig-Jahn-Straße 2
Ansprechpartner/in
Herr Holger Fränkel
Telefon
Tel.: 03535 46-1243
E-Mail
pressestelle@lkee.de
info@lkee.de**Datum**
21. Oktober 2019**Jugendbeteiligung war Thema der 6. Demokratiekonferenz***Bilanz und Ausblick nach 5 Jahren Bundesprogramm „Demokratie leben“ im Landkreis Elbe-Elster*

„Präventions- und Demokratiewerk hat im Landkreis Elbe-Elster eine lange Tradition“, resümierte Ute Miething von der kreislichen Fach- und Koordinierungsstelle „Partnerschaft für Demokratie“ anlässlich der 6. Demokratiekonferenz am 17. Oktober in der „Louise“ Domsdorf. Die vor Jahren gestarteten Bundesprogramme „Vielfalt tut gut“ und „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ waren im Landkreis verankert und unterstützen jährlich die vielfältige Projektlandschaft. Seit 2015 werden Träger und Initiativen über das Bundesprogramm „Demokratie leben“ unterstützt. Und es wird zunächst bis 2024 weitergehen, versprach der Erste Beigeordnete und Vorsitzende des Kreispräventionsrates Peter Hans, der Landkreis hat auch für die 2. Förderperiode einen Antrag beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gestellt. Teilhabe, Förderung und die Einbeziehung aktueller Ereignisse, wie kürzlich in Halle, zeigen die Notwendigkeit. „Aktiv zu sein gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit ist dem Landkreis seit vielen Jahren ein festes Anliegen und wird durch diverse Kreistagsbeschlüsse bekräftigt. Und so war es eine logische Schlussfolgerung sich auch am Programm „Demokratie leben“ zu beteiligen.“ so Peter Hans. Über das Bundesprogramm hat sich der Landkreis seit 2015 Schwerpunkte gesetzt, die das zivilgesellschaftliche Engagement gegen jede Form von Rechtsextremismus und antidemokratische Tendenzen stärken soll. Von 2015 bis heute wurden 57 Projekte mit einem Gesamtförderumfang von 207.000 € umgesetzt. Dazu kommen die Ausgaben aus dem Öffentlichkeitsfond und den Jugendfond von ca. 25.900 €. Allein 2015 waren es 17 Projekte mit einem erhöhten Bedarf durch die Unterstützung der Flüchtlingsinitiativen. Projektträger sind in der „Partnerschaft für Demokratie“ solche Träger, die in ihren Regionen eigene Projekte ansiedeln und umsetzen. So engagiert sich der FREIRAUM Elsterwerda e. V. mit dem „Cafe der Möglichkeiten“ hauptsächlich in der Flüchtlingshilfe, wie Vorsitzende Kerstin Schenkel betonte. Die bislang 22 Mitglieder sehen Vielfalt als Chance und Bereicherung für die Region und bieten Deutschkurse, gemeinsame Koch- und Tanznachmittage an, damit sich Menschen verschiedener Herkunft und Kultur kennen lernen und verstehen. Der SC Lubwart aus Bad Liebenwerda ging mit seinen Jugendlichen auf Schnipseljagd durch drei Länder. Sie verfolgten so den Leidensweg des Soldaten Joseph Sauterre, der über verschiedene

Für die (rechtssichere) E-Mail-Kommunikation beachten Sie bitte die Hinweise im Impressum auf unserer Webseite.

Kontakt
T. 03535 460
F. 03535 3133
www.lkee.deBankverbindung
Sparkasse Elbe-Elster
IBAN DE61 1805 1000 3300 1011 14
BIC WELADED1EESSprechzeiten
Di 8-12 Uhr und 13-17 Uhr
Do 8-12 Uhr und 13-16 Uhr
oder nach Vereinbarung

Stationen in Frankreich, Deutschland bis nach Tschechien kam, wo er letztlich den Hungertod starb. Weitere Fahrten der Geschichtsaufarbeitung, so Kevin Wiegner vom SC Lubwart, führten die Sportlerinnen und Sportler nach Warschau und zum EU- Parlament nach Brüssel. Der Verein „Gedenkstätte Schlieben-Berga“ startete ein Projekt zur Aufarbeitung der Lagergeschichte des KZ- Außenlagers Buchenwald. Dr. Jürgen Wolf sagte: „Wir wollen Kindern und Jugendlichen die NS- Vergangenheit nahebringen, so wie sie vor der Haustür stattgefunden hat, um historische Beziehungen zur Region herzustellen. Schülerinnen und Schüler recherchieren zu Einzelschicksalen ehemaliger Häftlinge, aber auch der Täterinnen und Täter. Öffentliche Vorträge über die Ergebnisse und Arbeitseinsätze vor Ort schließen sich an. Steffi Dubrau von der Regiestelle des Bundesprogrammes hörte das sehr gern, denn die Umsetzung des Programmes „Demokratie leben“ muss vor Ort passieren und das gehe am besten über Projektträger, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Eine lebendige Demokratie erklären und weiterentwickeln, das führte Kristina Nauditt vom argo Team Berlin zu der Frage: „Was kann getan werden, um Jugend an politischen Prozessen zu beteiligen?“ Eine Beteiligung an kommunalen Entscheidungen setzt für sie voraus, dass man erst einmal informiert ist, bzw. informiert sein will. Gesetzlich sind die Weichen gestellt, wusste auch Dirk Gebhard, Dezernent Recht, Ordnung und Landwirtschaft des Landkreises. Doch wie werden Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte wahrgenommen? Die Jugendbeteiligung ist Bestandteil der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg. Sie mitzunehmen und aufzufordern bei politischen Entscheidungen bei allen Gemeindeangelegenheiten mitzuwirken, bleibt oberstes Ziel. Ute Miething: „Uns ist die Jugend sehr wichtig und wir wollen sie bei der Integration bzw. Beteiligung an politischen Vorgängen unterstützen.“ Einen Antrag zur Förderung über das Bundesprogramm „Demokratie leben“ können Jugendverbände, freie Träger der Jugendhilfe, Migrantenorganisationen, christliche und andere religiöse Gemeinschaften, Sportvereine, Fördervereine von Schulen, Kindertagesstätten, Bildungs- und Qualifizierungsträger, gemeinnützige GmbH, Stiftungen, kulturelle Einrichtungen und sonstige gemeinnützige Vereine stellen.

Landkreis Elbe-Elster
Ute Miething
Koordinierungsstelle „Partnerschaft für Demokratie“
Ludwig-Jahn-Str. 2
04916 Herzberg
Tel.: 03535 46-1274
mail: ute.miething@lkee.de

Tel.: 03535 46-1274

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Holger Fränkel



Foto 1: Kevin Wiegner vom 130-mitgliederstarken SC Lubwart Bad Liebenwerda erläuterte, dass sich auch junge Sportler intensiv mit der NS-Vergangenheit beschäftigen.



Foto 2: Kristina Nauditt vom argo Team Berlin forderte eine radikale Beteiligung bei politischen Entscheidungen. Allerdings müsse man erst einmal informiert sein um Entscheidungen mit zu tragen.



Foto 3: Ute Miething „Vorläufig bis 2014 können gemeinnützige Träger Projekte gegen jede Form von Rechtsextremismus und antidemokratische Tendenzen bei der Koordinierungsstelle beantragen.“



Foto 4: Für Dezernent Dirk Gebhard sind gesetzlich sind die Weichen für Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen gestellt. Sie sollten auch wahrgenommen werden.